

Antrag

der Abg. Dr. Bernd Murschel u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Entwicklung des Maisanbaus in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Zunahme der Anbaufläche für Mais in Baden-Württemberg in den letzten 50 Jahren darstellt und welche Flächen dafür in Anspruch genommen wurden;
2. ob in anderen Bundesländern eine ähnliche Entwicklung stattfindet und wie sich Baden-Württemberg im Vergleich dazu einordnen lässt;
3. welche Ursachen die Zunahme des Maisanbaus in Baden-Württemberg hat;
4. ob sie damit übereinstimmt, dass vor dem Hintergrund der Gefahr einer zunehmenden Ausbreitung z. B. des Maiswurzelbohrers eine weitere Ausdehnung der Maisanbaufläche nicht wünschenswert ist;
5. welche Maßnahmen sie plant, um Anreize zu schaffen, dass andere Kulturen als Mais angebaut werden und welche Finanzmittel dafür zur Verfügung stehen;
6. ob ihr bekannt ist, ob wie im Falle der Initiative der Bürgermeisterin von Hegenheim (Elsass) auch von deutschen Bürgermeister/-innen der Pestizideinsatz zugunsten von Fruchtfolge abgelehnt wird; wenn ja, von welchen Städten oder Gemeinden und mit welcher Begründung;

7. ob und wenn ja welche Forschungsprojekte zu nichtchemischen Bekämpfungsmethoden des Maiswurzelbohrers durchgeführt werden und wie hoch die finanzielle Beteiligung des Landes an dieser Forschung ist.

10.10.2008

Dr. Murschel, Pix, Dr. Splett, Sckerl, Walter GRÜNE

Begründung

Der Maisanbau in Deutschland nimmt immer mehr zu. Nach Angaben des Deutschen Maiskomitees beträgt die Anbaufläche in diesem Jahr erstmals mehr als zwei Millionen Hektar. Insbesondere in Baden-Württemberg ist eine überdurchschnittliche Zunahme erfolgt. Laut den Daten des Statistischen Landesamts hat sich die Maisanbaufläche um 11 % gegenüber 2007 erhöht.

Gleichzeitig droht die Gefahr eines verstärkt notwendigen Pestizideinsatzes, der einerseits grundsätzlich mit großflächigen Monokulturen einhergeht und andererseits durch das Auftreten des Maiswurzelbohrers verschärft wird. Bis heute sind die Schäden, die durch die Beizung des Saatguts mit Clothianidin bei den Bienenvölkern verursacht wurde, in ihrer Langzeitwirkung nicht abschätzbar. Wie bekannt wurde, hat die Bürgermeisterin von Hegenheim aus diesen Gründen eine entsprechende behördliche Anordnung zum Pestizideinsatz außer Kraft gesetzt.

Eine konsequente Fruchtfolge stellt eine sinnvollere und für die Landwirtschaft nachhaltigere Methode als ein Pestizideinsatz dar. Da Maisanbau für die Betriebe aber offensichtlich gewinnbringender ist, kann eine Umstellung der Flächen nur durch zusätzliche Anreize attraktiv gemacht werden.

In ihrer Verantwortung für alle landwirtschaftlichen Betriebe, also sowohl für die Imker als auch für Maisbauern in anderen Regionen, obliegt es der Landesregierung dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft in Baden-Württemberg noch Maisanbau ohne massiven Pestizideinsatz möglich ist.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 5. November 2008 Nr. 23-8241.02 nimmt das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

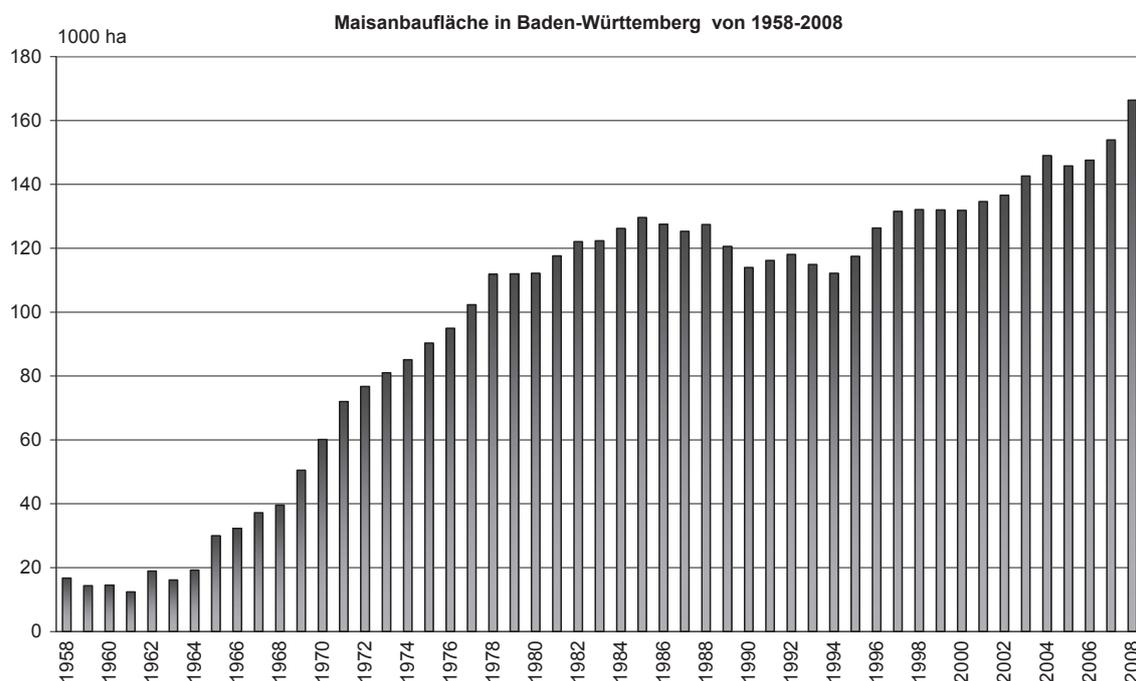
- 1. wie sich die Zunahme der Anbaufläche für Mais in Baden-Württemberg in den letzten 50 Jahren darstellt und welche Flächen dafür in Anspruch genommen wurden;*

Zu 1.:

Die Abbildung spiegelt die Entwicklung der Maisanbaufläche in Baden-Württemberg von 1958 bis 2008 wider. Während Ende der 50er- und Anfang der 60er-Jah-

*) Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

re im Land auf weniger als 20.000 ha Mais angebaut wurde, stieg die Maisfläche ab Mitte der 60er-Jahre kontinuierlich an und erreichte im Jahr 2008 mit 166.400 ha einen Höchstwert.



2. ob in anderen Bundesländern eine ähnliche Entwicklung stattfindet und wie sich Baden-Württemberg im Vergleich dazu einordnen lässt;

Zu 2.:

In den anderen Bundesländern ist grundsätzlich auch eine Steigerung der Anbauflächen zu verzeichnen. 2007 rangierte Baden-Württemberg mit 153.938 ha auf Rang 4 der Mais anbauenden Bundesländer nach Bayern (425.578 ha), Niedersachsen (419.725 ha) und Nordrhein-Westfalen (229.957 ha).

3. welche Ursachen die Zunahme des Maisanbaus in Baden-Württemberg hat;

Zu 3.:

Aufgrund seiner Ertragsstärke und seiner Eignung für viele Standorte zählt Mais zu den drei wichtigsten Nahrungspflanzen weltweit und hat erheblichen Anteil an der Welternährung. Auch in Baden-Württemberg ist Mais nach Winterweizen die flächenmäßig bedeutendste Ackerkultur. Die Voraussetzungen für den stetigen Anstieg der Anbaufläche wurden mit der Einführung der Hybridzüchtung in den 50er-Jahren geschaffen. Innerhalb der vergangenen vier Jahrzehnte stiegen die Durchschnittserträge bei Körnermais von etwa 30 dt/ha Kornertrag auf über 90 dt/ha Kornertrag und bei Silomais von etwa 75 dt/ha auf über 150 dt/ha Gesamt-trockenmasseertrag an. Neben der Ertragsleistung wurden auch andere Eigenschaften wie die Resistenz bzw. Toleranz gegenüber Schädlingen und Krankheiten, die Standfestigkeit, die Druscheignung bei Körnermais und die Futterqualität bei Silomais wesentlich verbessert. Besonders die züchterischen Fortschritte in Bezug auf Kältetoleranz im Frühjahr sowie die Frühreife führten dazu, dass Mais auch in klimatisch ungünstigeren Regionen angebaut werden konnte. Daneben sind die gute Mechanisierbarkeit im Anbau sowie die guten Konservierungseigenschaften Gründe für die große Bedeutung in der Praxis.

Außerdem hat Mais vielseitige Verwendungsmöglichkeiten: Neben seiner Bedeutung als Lieferant hochwertiger Nahrungs- und Futtermittel, wird Mais zunehmend auch als wichtiger Rohstoff für die industrielle Weiterverarbeitung im technisch-industriellen Bereich und für die Beschickung von Biogasanlagen genutzt. Durch die Zunahme der Biogasanlagen in den letzten Jahren stieg auch der Flächenbedarf für Mais an. Darüber hinaus ist die Wettbewerbskraft von Mais gegenüber anderen Ackerkulturen in den letzten Jahren weiter gestiegen.

4. ob sie damit übereinstimmt, dass vor dem Hintergrund der Gefahr einer zunehmenden Ausbreitung z. B. des Maiswurzelbohrers eine weitere Ausdehnung der Maisanbaufläche nicht wünschenswert ist;

Zu 4.:

Mais wird in der landwirtschaftlichen Praxis zwischenzeitlich grundwasserschonend und erosionsmindernd angebaut. Die Agrarumweltprogramme des Landes, insbesondere die Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO) und das MEKA-Programm waren diesbezüglich ausschlaggebend. Außerdem haben wir bei Mais mit die wenigsten Pflanzenschutzmaßnahmen. Insofern bietet der Maisanbau ökologische Vorteile.

Der Maiswurzelbohrer ist ein Quarantäneschädling, der im Jahr 2007 erstmals in Deutschland auftrat. Die im europäische Quarantänerecht vorgegebenen Maßnahmen zur Kontrolle und Bekämpfung wurden in Baden-Württemberg bisher mit Erfolg umgesetzt. Die Anbauentscheidung wird von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der unternehmerischen Entscheidung des landwirtschaftlichen Betriebes bestimmt.

5. welche Maßnahmen sie plant, um Anreize zu schaffen, dass andere Kulturen als Mais angebaut werden und welche Finanzmittel dafür zur Verfügung stehen;

Zu 5.:

Im Rahmen der Agrarumweltprogramme, z. B. MEKA, und der Unterstützung des ökologischen Landbaus wird eine den Verhältnissen des Landes angepasste Landwirtschaft gefördert. So wird u. a. die Bewirtschaftung der Ackerfläche des Betriebes mit einer mindestens viergliedrigen Fruchtfolge honoriert. Insgesamt stehen in Baden-Württemberg rund 330.000 ha Ackerfläche unter fünfjähriger Verpflichtung bei dieser Maßnahme.

Weitere darüber hinausgehende Anreize zum Anbau anderer Kulturen als Mais sind aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen nicht vorgesehen.

6. ob ihr bekannt ist, ob wie im Falle der Initiative der Bürgermeisterin von Hegenheim (Elsass) auch von deutschen Bürgermeister/-innen der Pestizideinsatz zugunsten von Fruchtfolge abgelehnt wird; wenn ja, von welchen Städten oder Gemeinden und mit welcher Begründung;

Zu 6.:

Dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum sind keine vergleichbaren Aktivitäten in Baden-Württemberg bekannt.

7. ob und wenn ja welche Forschungsprojekte zu nichtchemischen Bekämpfungsmethoden des Maiswurzelbohrers durchgeführt werden und wie hoch die finanzielle Beteiligung des Landes an dieser Forschung ist.

Zu 7.:

Vor dem Hintergrund der Ausbreitung des Westlichen Maiswurzelbohrers in Europa, dem erstmaligen Auftreten in Deutschland im Jahr 2007 und der Befallsentwicklung im Jahr 2008 erstellt das BMELV derzeit gemeinsam mit den betrof-

fenen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg ein umfassendes Forschungsprogramm. Dieses soll dazu dienen, vertiefte Kenntnisse zur Bekämpfung und wissenschaftliche Empfehlungen hinsichtlich der erforderlichen Eingrenzungsmaßnahmen zu erarbeiten. Es sollen Fragen zu Biologie, Monitoring, Prognose, pflanzenbaulichen Maßnahmen, chemischen Maßnahmen, Technik, Risikobewertung, Rückstandsproblematik, Futteralternativen und Ökonomik bearbeitet werden. Im Rahmen des Forschungsprogramms wurde diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Befallsregionen (z. B. Rumänien) begonnen.

Hauk

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum